

Erscheint wöchentlich drei Mal  
und zwar Dienstag, Donnerstag  
und Sonnabend (Vormittag).  
Abonnementpreis beträgt  
vierteljährlich 1 Mark 20 Pf.  
prænumerando.

# Anzeiger

## für Zwönitz und Umgegend. Organ

für den Stadtgemeinderath, den Kirchen- und Schulvorstand zu Zwönitz.

Verantwortlicher Redacteur: Bernhard Ott in Zwönitz.

Inserate werden bis spätestens  
Mittags des vorhergehenden  
Tages des Erscheinens erbeten  
und die Copirspaltenpreise mit  
10 Pf., unter „Eingesandt“ mit  
20 Pf. berechnet.

N<sup>o</sup> 22.

Donnerstag, den 22. Februar 1883.

8. Jahrg.

### Bekanntmachung.

Der 1. Termin Commun-Mulage ist am 20. dieses Monats fällig und innerhalb 14tägiger Frist an unsere Stadt-  
cassen-Verwaltung abzuführen.  
Gegen Säumige wird nach Ablauf der nachgelassenen Zahlungsfrist das Mahn- bez. Executionsverfahren eingeleitet.  
Zwönitz, am 19. Februar 1883. Der Stadtgemeinderath.  
Adam.

### Politische Rundschau.

Deutschland. Der Reichstag hat durch seine bis zum 3. April währende Vertagung dem preussischen Abgeordnetenhaus nunmehr das Feld wieder geräumt. Wie es heißt, würde das Abgeordnetenhaus am 16. März seine letzte Sitzung vor den Osterferien halten und diese Zeit ist so knapp bemessen, daß in derselben schwerlich mehr als die Berathung des Stats wird zu Ende geführt werden können. Ob dann noch zur Erledigung der übrigen dringenden Vorlagen eine Sommer-session abgehalten werden wird, ist jedenfalls noch ungewiß. Am Sonnabend erledigte das Haus einen großen Theil des Eisenbahnetats nach meist unerheblicher Debatte. Bei der am Montag fortgesetzten Discussion über diesen Gegenstand wurden das Ordinarium und das Extraordinarium der Ausgaben genehmigt. Aus derselben ist namentlich eine längere Rede des Abgeordneten Wagner hervorzuheben, in welcher derselbe auf den großen Segen und die ausgezeichnete Wirksamkeit des Staatsbahnsystems hinwies. Die Ausführungen Wagner's riefen von verschiedenen Seiten Widerspruch hervor, wobei sich der Abgeordnete Windthorst in seiner Rede für ein gemischtes Eisenbahnsystem erklärte. Die Berathung des Eisenbahnetats wurde am Dienstag fortgesetzt.

In der kirchenpolitischen Frage bildet die Veröffentlichung der beiden Briefe, welche der Papst im December und Januar an Kaiser Wilhelm gerichtet hat, im „Moniteur de Rome“, dem officiellen Organ des Vatican, einen bemerkenswerthen Zwischenfall. Wie versichert wird, hat der preussische Gesandte beim Vatican, Herr v. Schölzer, den Auftrag gehabt, der Curie die Bitte um diese Veröffentlichung auszusprechen, welcher Bitte die Curie demnach nachgegeben ist. Was nun die Briefe selbst anbelangt, so spricht der Papst in seinem ersten, vom 3. December v. J. datirten Schreiben seine Hoffnung auf Wiederherstellung des religiösen Friedens aus, doch verlangt der Papst hierbei, daß die neue kirchenpolitische Gesetzgebung in Preußen in definitiver Weise gemildert und verbessert werde, es sei dies das einzige Mittel zur Wiederherstellung eines dauernden religiösen Friedens. Im zweiten Briefe, datirt vom 30. Januar, drückt der Papst seine Genugthuung darüber aus, daß sich der Kaiser, wie aus dessen Antwort vom 22. December hervorgehe, zu einer Revision der gegenwärtigen kirchenpolitischen Gesetzgebung geneigt zeige. Er, der Papst, habe darum beschlossen, den Bischöfen zu gestatten, die Wahl neuer Pfarrer der Regierung zu motiviren, ohne eine complete Revision der in Kraft befindlichen Gesetze abzuwarten. Der Papst verlangt jedoch, daß man die Maßregeln milde, welche die Ausübung des geistlichen Amtes und die Ausbildung des Clerus verhindern. Kirche wie Staat müßten in der Lage sein, die Personen, deren sie sich bedienen, jeder Theil seinem eigenen Geiste entsprechend, auszubilden. Der Papst glaubt, daß diese Aenderungen für das Leben der Kirche unvermeidlich sind; sei hierüber eine Einigung erzielt, so sei es leicht, hierüber zu einem wirklichen und dauerhaften Frieden zu gelangen.

Der Landtag des Großherzogthums Weimar ist am vergangenen Sonntag durch Vorlesung einer Propositionsschrift Seitens des Staatsministers von Sticking eröffnet worden.

In Bayreuth hat am Sonntag die Leichenfeier für Richard Wagner — dessen irdische Ueberreste bereits in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag und nicht, wie irrthümlich gemeldet, am Sonntag Mittag dort eingetroffen waren — unter großer Theilnahme der Bevölkerung wie auch der auswärtigen Verehrer des Dahingegangenen Meisters stattgefunden. Die Leiche wurde in der Gartengruft, die zu diesem Zwecke eigens erbaut worden war, der Wagner'schen Villa „Wahnfried“ nur im Beisein der speciell hierzu Geladenen beigesezt. Die ganze Feier verlief in einfacher, aber würdiger Weise und machte einen tiefergreifenden Eindruck.

Oesterreich-Ungarn. Das österreichische Herrenhaus beschäftigte sich am Montag und Dienstag mit der Berathung der Novelle zum Volksschulgesetz. Die Schulfrage hat bekanntlich in Oesterreich eine politische und staatsrechtliche Bedeutung erlangt, welche sich namentlich in den Debatten des Reichsrathes im vorigen Jahre über den Antrag Riebacher zum Schulgesetz widerspiegelte. Unterrichtsminister von Eybesfeld erinnerte am Montag an diese Debatten und betonte dann, daß rückschrittliche Ideen in der Vorlage nicht enthalten seien, dieselbe lasse neben der Gerechtigkeit auch die Billigkeit walten. Die heutige Volksschule in Oesterreich würde, wenn sie stabil bliebe, nach Decennien den zeitgemäßen Anforderungen nicht mehr entsprechen, sie müsse daher vor Allem mit der bürgerlichen Gesellschaft in Contact bleiben; auch müsse das erzieherische Moment noch über dem rein wissenschaftlichen stehen. Die Vorlage dürfe schließlich die Billigung des Hauses gefunden haben.

Pest, 19. Febr. Das Theater in Arad ist abgebrannt. Der Schaden beträgt über 150,000 Fl.; Menschenverlust ist nicht zu beklagen. Die Entstehungsursache ist bisher noch nicht bekannt.

Frankreich. In Frankreich hat das Kumpf-Cabinet Fallières nunmehr definitiv das Zeitliche gesegnet und Ferry die Bildung des neuen Ministeriums übernommen. Wie es heißt, würde Ferry das Auswärtige, Martin Feuillée das Innere, Waldeck-Roussieu die Justiz, Tirard die Finanzen, General Thibaudin das Kriegsministerium, Rayual das Ministerium der öffentlichen Arbeiten und Cochery dasjenige der Posten und Telegraphen übernehmen. Diese Liste kann zwar nicht als unbedingt feststehend gelten, doch dürften nur geringe Aenderungen erfolgen. Indessen sind mit der Neubildung des Cabinets die Schwierigkeiten der gegenwärtigen politischen Lage in Frankreich nicht beseitigt, denn noch ist keine Verständigung zwischen den beiden Häusern des französischen Parlaments bezüglich der Präventiven-Vorlage erfolgt, da der Senat auch den modificirten Entwurf Darbey am vorigen Sonnabend mit 142 gegen 137 Stimmen abgelehnt hat. Trotzdem ist in parlamentarischen Kreisen die Meinung vorherrschend, daß der Senat, zumal derselbe die allgemeine Stimmung gegen sich hat, schließlich nachgeben werde.

England. In England fesselt der in Dublin spielende Mord-Complot-Proceß die öffentliche Aufmerksamkeit fast mehr als es die Verhandlungen des Parlaments zu thun vermögen. Die Aussagen der Kronzeugen gestalten sich für die Angeklagten immer gravirender und besonders sind die Aussagen, welche der Zeuge Carey über die Ermordung Lord Cavendish und Sir Thomas Bourke machte, höchst belastend für mehrere der Angeklagten. Die der Theilnahme an der Ermordung der beiden Staatsmänner angeklagten Gefangenen sollen zur Aburtheilung formell vor das Tribunal gestellt werden. Auch sollen in England mehrere Verhaftungen wegen Theilnahme an den in Irland begangenen Mordthaten bevorstehen.

Rußland. Die Vorbereitungen zur Krönungsfeier in Moskau nehmen ihren ungestörten Fortgang und nach den Summen, welche hierzu ausgeworfen sind, zu urtheilen, wird die Feier mit ungewöhnlichem Glanze begangen werden. Nicht weniger als 17 Millionen Rubel sind dazu bestimmt, dem Krönungsfest jenen glänzenden Schimmer zu verleihen, durch welchen dasselbe in den Augen der Menge erst seinen wahren Werth erhält; freilich wird von dieser Riesensumme wohl mancher Rubel in fremde Taschen wandern. Ueber den Krönungstag selbst verlautet noch immer nichts Bestimmtes und scheint es fast, als ob man in den maßgebenden Petersburger Kreisen der Ansicht ist, daß den Nihilisten doch noch nicht recht zu trauen ist.

Italien. Die italienische Regierung hat jetzt in Sachen des von einer arabischen Schildwache in Tripolis gemißhandelten Italieners von der Pforte vollständige Genugthuung erhalten. Der betreffende Soldat erhielt einen Monat Gefängniß und der hierbei mitbetheiligte schuldige Officier 14 Tage Gefängniß. Uebrigens wird die Nach-